

5. Beschluss des Grossen Rates über das Kreditbegehren für den Erweiterungsbau der Kantonsschule Frauenfeld (20/BS 30/256)

Eintreten

Präsidentin: Den Bericht der vorberatenden Kommission zu diesem Geschäft haben Sie vorgängig erhalten. Das Wort hat zuerst der Kommissionspräsident, Kantonsrat Kilian Imhof, für seine Bemerkungen zum Eintreten.

Kommissionspräsident **Imhof**, Die Mitte/EVP: Nach Besichtigung der Baracken, die der Kantonsschule Frauenfeld seit einem halben Jahrhundert als provisorische Schulzimmer dienen, waren alle anwesenden Mitglieder der vorberatenden Kommission von der Notwendigkeit eines Erweiterungsbaus überzeugt. Das Provisorium genügt nicht mehr, es muss ersetzt und ergänzt werden. Obwohl die Beratung an einer einzigen Sitzung stattfand, hat sich die Kommission intensiv mit dem vorgelegten Projekt auseinandergesetzt. Die zuständigen Ämter und alt Regierungsrätin Carmen Haag haben das Projekt überzeugend vorgestellt. Die vielen Fragen konnten befriedigend beantwortet werden. Drei offene Punkte wurden im Nachgang schriftlich geklärt. Das vorliegende Bauprojekt hat die Kommission überzeugt. Die Kommission war sich von Anfang an bewusst, dass es um die Bewilligung des Objektkredits und nicht um Details wie die Bestimmung der Farbe der Fensterrahmen geht. Natürlich gaben genau die Finanzen am meisten zu reden, und sie wurden in der Kommission ausführlich diskutiert. Die Aufgabe der Kommission und des Grossen Rates liegt darin, genau hinzuschauen und dort, wo nötig, einzugreifen. Die folgenden Argumente haben die Kommission aber auch bezüglich Kosten überzeugen können. Es handelt sich beim Projekt um einen sinnvollen Zweckbau, der die bestehenden Gebäude gut ergänzt. Der Raumbedarf wurde ermittelt und ist ausgewiesen. Die Kosten richten sich nach dem Bedarf. Wenn man weniger aufwenden will, gibt es weniger Schulraum. Der prognostizierte Raumbedarf von 66 Klassenzimmern, das Total der Kantonsschule, ist für die Kommission aber klar gegeben. Die Kosten pro Kubikmeter sind mit anderen aktuellen Schulbauten im Kanton absolut vergleichbar. Billiger ist nicht immer besser. Der Erweiterungsbau wird nach dem Standard "Nachhaltiges Bauen Schweiz" geplant und zertifiziert. Der Holzbau soll möglichst mit einheimischem Material gebaut werden. Die Kommission ist der Meinung, dass der Kanton diesbezüglich Vorbild sein darf und sein soll. Der Kommission ist es wichtig, dass der Kostenrahmen bei Hochbauten des Kantons eingehalten wird. Im Hinterthurgau kam die Frage auf, ob mit dem Ergänzungsbau die Regelung betreffend Besuchs der Kantonsschule Wil angepasst werden würde. Diesbezüglich muss ich den Kommissionsbericht präzisieren. Die bestehende Regelung wird beibehalten. Die Zuteilung sieht aber nicht für alle Gemeinden im Hinterthurgau ein Besuchsrecht für die Kantonsschule Wil vor. Aadorf, Münchwilen und Wängi sind teilweise direkt an die Verbindungen des öffentlichen Verkehrs nach Frauen-

feld angeschlossen. Sie werden deshalb weiterhin dort zugeteilt bleiben. Eine weitere Frage wurde hinsichtlich des Urheberrechts gestellt. Dies ist im Bericht nicht erwähnt, es wurde aber trotzdem angesprochen. Gemäss Kantonsbaumeister handelt es sich dabei um den Schutz der geistigen Leistung des Architekten. Das Eigentumsrecht des vorliegenden Projekts liegt beim Kanton und ermöglicht spätere Anpassungen und Erweiterungen. Wie im Bericht erwähnt, empfiehlt die Kommission dem Grossen Rat einstimmig, dem vorliegenden Kreditbegehren für den Erweiterungsbau der Kantonsschule Frauenfeld zuzustimmen und der Bevölkerung zur Abstimmung vorzulegen.

Macedo, FDP: Bildung ist der Schlüssel dazu, unser Potenzial optimal entfalten und einbringen zu können. Gut gebildete Menschen begünstigen die wirtschaftliche, soziale und politische Entwicklung in unserem Kanton. Eine hohe Bildungsqualität ist zudem ein massgebender Standortvorteil. Die FDP-Fraktion misst der Bildungspolitik dementsprechend eine zentrale Bedeutung bei. Dazu gehört auch ein bedarfsgerechter und optimaler Schulraum. Eine gute Schul- und Umgebungsgestaltung unterstützt durch ihr Raumkonzept und ihre Ästhetik die Bildungsarbeit. Der FDP-Fraktion ist dabei aber wichtig, dass die Infrastruktur immer auch auf die Entwicklung der Schülerzahlen ausgerichtet wird, und zwar zweckmässig und kostenbewusst. Die FDP-Fraktion ist von der Notwendigkeit des Ergänzungsbaus der Kantonsschule Frauenfeld überzeugt. Das 50-jährige Provisorium genügt den Anforderungen an die heutigen neuen Unterrichtsformen und energetischen Vorgaben seit geraumer Zeit nicht mehr. Aufgrund des erwarteten Bevölkerungswachstums ist in den nächsten Jahren zudem mit zusätzlichem Platzbedarf für die Kantonsschule zu rechnen. Wichtig erscheint der FDP-Fraktion, dass das vorliegende Projekt zudem den Anforderungen der Interdisziplinarität, des selbstorganisierten Lernens und der Individualisierung gerecht wird. Die Schulzimmer müssen und werden vorliegend multifunktional einsetzbar sein. Die Kosten werden von der FDP-Fraktion zwar als relativ hoch angesehen, sie liegen jedoch im Rahmen vergleichbarer aktueller Schulbauten im Kanton. Eine wichtige Bitte an das Departement: Der Rückbau der Baracken war bereits beim Bau des Schulgebäudes 2 im Jahr 1993 geplant. Die Maturitätsreform 1995 löste einen bedeutend grösseren Raumbedarf aus und verunmöglichte damit den Abbruch der Provisorien. Nun wird der Rückbau erneut in Aussicht gestellt. Wir bitten darum, die Baracken nach Fertigstellung nun wirklich abzubauen. Die FDP-Fraktion befürwortet das vorliegende Projekt einstimmig und wird dem Kreditbegehren zustimmen.

Elina Müller, SP: Der Erweiterungsbau der Kantonsschule Frauenfeld ergänzt die für eine qualitätsvolle Mittelschulbildung notwendige Infrastruktur. Die Erweiterung ermöglicht mit einem zeitgemässen Raumangebot auch die Möglichkeiten der Wissensvermittlung. Sie ist eine Investition in die Bildung junger Menschen und die Ausbildung künftiger Fachkräfte. Die Erweiterung wurde sorgfältig abgeklärt und geplant. Das vorgeschlagene

Gebäude ist ein gut austariertes und eingepasstes Projekt. Es ist in finanzieller, ökologischer sowie räumlicher Hinsicht eine effiziente Lösung. Wir erwarten, dass bei der baulichen Umsetzung auch eine hohe Qualität realisiert wird. Wie sich an vielen Schulbauten sehen lässt, die bei gutem Unterhalt seit mehr als 100 Jahren ihren Dienst tun, zählt sich eine dauerhafte Qualität auf lange Frist aus. Ich möchte einen kleinen Änderungsvorschlag anbringen, der sich einfach umsetzen lässt, aber nicht unwesentliche Folgen hätte: Die Frauen- und die Männertoiletten sollten so getauscht werden, dass die Frauen- und nicht die Männertoiletten mehr Platz erhalten. Frauen müssen aus rein physiologischen Gründen häufiger eine Toilette aufsuchen und benötigen durchschnittlich mehr Zeit. Ein zukunftsgerichtetes Bauprojekt trägt diesem Umstand Rechnung und spart dadurch vielen jungen Frauen viel unnötige Wartezeit ein. Die SP-Fraktion ist einstimmig für Eintreten und stimmt dem Beschlussesentwurf zu.

Ammann, GLP: Ich spreche für die GLP-Fraktion. Es geht um ein Bauprojekt, das den wichtigsten Rohstoff betrifft: die Bildung. Das Projekt ist vorausschauend auf die Schülerzahlen ausgerichtet, die in zehn Jahren zu erwarten sind. Es dürfte rund die Hälfte des gesamten demografisch begründeten Zuwachses ab 2035 abdecken. Für die andere Hälfte wird wohl eine oder mehrere der anderen Kantonsschulen zuständig sein. Die Politik wird der einstimmigen Kommission mit grosser Mehrheit folgen. Das durchaus schöne Projekt dürfte vom Volk wohl ebenfalls mit grossem Mehr angenommen werden. Namens der GLP-Fraktion danke ich an dieser Stelle allen involvierten Kreisen. Grosse Zustimmung oder gar Einstimmigkeit heisst aber nicht, dass man eingeschliffene Denkmuster nicht überprüfen sollte. Da wir einen neuen Baudirektor haben, erlaubt sich die GLP-Fraktion, auf drei diskutable Aspekte hinzuweisen. Zum einen geht es um die Rolle der Politik. Diese scheint im Ablauf klar zementiert und in Stein gemeisselt zu sein. Wir werden jeweils spät, aber gerade noch rechtzeitig vor der Abstimmung in den Prozess eingespant. Ausser einem Ja oder Nein in einer oder maximal zwei vorberatenden Kommissionssitzungen bleibt oft kein Spielraum mehr. Ist das wirklich der Weisheit letzter Schluss? Die Planung ist weitgehend abgeschlossen. Das Projekt steht. Gäbe es wie in anderen Kantonen andere und frühere Rollen? Uns stellt sich die Frage, wie Inhaltliches und Richtungsweisendes bereits bei Projektbeginn quasi als Rahmensetzung mit eingebracht werden kann. Wie wäre es, wenn zu den Bauten eine vorgängige inhaltliche Vernehmlassung durchgeführt werden würde? Eine solche Vernehmlassung hätte vielleicht dazu geführt, dass meine Vorrednerin gesagt hätte, dass die Frauentoiletten grösser geplant werden sollten. Ich hätte vielleicht gesagt, dass man Unisex-Toiletten planen sollte. Würde sich vielleicht sogar das Raumprogramm ändern? Oder braucht es seitens der Politik nur die Bewilligung des Kostenrahmens, da der Politik und den Stimmbürgern für ein fertiges Bauprojekt letztlich auch nur ein Ja oder Nein bleibt? Aus unserer Sicht wäre es lohnenswert, darüber nachzudenken. Ein zweiter Gedanke betrifft die Bauherrschaft. Wenn der Kanton nicht selber bauen, sondern das Gebaute erst danach erwerben wür-

de, würden die Kosten pro Klassenzimmer nicht zwingend über, sondern unter einer Million Franken liegen. Meines Erachtens weiss das der Kanton. Es ist immer etwas ärgerlich, wenn der Preis pro Kubikmeter schlichtweg über dem liegt, was sonst bezahlt wird. Letztmals war dies beim Gebäude der Seepolizei der Fall. Ich gebe zu, dass es beim Bau von Schulhäusern weniger Vergleichsmöglichkeiten gibt. Es gibt sie aber. Dort liegen die Preise sogar deutlich tiefer als bei einer Million Franken pro Zimmer. Man muss nur das eigene Muster durchbrechen und auch mit nicht-öffentlichen Schulbauten vergleichen. Ob Kaufen anstatt Bauen zusätzliche Handlungsoptionen ergibt, muss aus Sicht der GLP-Fraktion bei zukünftigen Bauten diskutiert werden. Dies führt zum letzten und dritten Gedanken, dem eigentlichen Raumprogramm. Es ist selbstverständlich, sehr wahrscheinlich richtig und naheliegend, den Zusatzbedarf, der in zehn Jahren zu erwarten ist, mit mehr Klassenzimmern abzudecken. Der exakte Mehrbedarf ist, wie bei einem Dreisatz, rasch ermittelt. Es bleibt jedoch die Frage, ob es in Zukunft wirklich noch mehr des Gleichen braucht, um den Bedarf zu decken. Es bestehen bereits 60 Klassenzimmer für 30 Klassen mit ca. 20 Jugendlichen. Das sind rund zwei Zimmer pro Klasse. Mit dem Ersatz baut man nun 10 % dazu und erhöht auf 66 Zimmer. Diese sind selbstverständlich neu, modern und multifunktional nutzbar, aber irgendwie doch mehr Desselben. Wie bereits erwähnt handelt es sich um einen schönen, klassischen und zweckmässigen Schulbau, der optisch gut eingebettet und geplant ist und von guten einheimischen Architekten erstellt wird. Das ist richtig. Ist es aber auch das Richtige? Diejenigen, die das Raumprogramm bestimmt haben, sind davon überzeugt, dass die gymnasiale Welt hinsichtlich des akademischen Schulbaus auch im Jahr 2035 traditionell noch immer mehrheitlich aus Klassenzimmern besteht. Die GLP-Fraktion nimmt dies zur Kenntnis, verweist aber dennoch auf das neue Learning Center "Square" der ebenfalls akademischen Universität St. Gallen. Weshalb gibt es so etwas nicht auch einmal bei uns? Wir bitten den Regierungsrat darum, im Prozess vermehrt neue und unkonventionelle Ansätze zu prüfen, idealerweise möglichst früh. "Andersartig" und "neuartig" sind die zwei selbstgewählten zentralen Worte der "Strategie Thurgau 2040". Wir wünschen uns bei Lösungen deshalb den Mut für Anders- und Neuartigkeit unter Einbezug von unternehmerischen oder innovativen Ansätzen. Das Projekt ist nicht umstritten. Es ist nachvollziehbar, gut begründbar und stimmig. Die GLP-Fraktion steht deshalb einstimmig hinter der Vorlage. Die Volksabstimmung sollte ebenfalls deutlich gewonnen werden. Wir wünschen uns für zukünftige Bauprojekte jedoch, dass die Anregungen von Fraktionen oder anderen Gruppierungen und von Ratsmitgliedern ernst genommen und auf Realisierbarkeit überprüft werden. Dafür braucht es unseres Erachtens keine Gesetzesänderung, aber Mut und Willen, anders- und neuartig voranzugehen. Der eigenen Thurgauer Vision zu glauben, heisst letztlich, Anders- und Neuartigkeit zuzulassen.

Madörin, EDU: Die EDU-Fraktion ist von der Notwendigkeit des Ergänzungsbaus der Kantonsschule Frauenfeld überzeugt. Das erwartete Bevölkerungswachstum sowie öko-

logische Gründe sprechen deutlich für einen Ergänzungsbau. Das Projekt gefällt uns sehr gut, da es sich in die bestehende Schulanlage integriert. Die EDU-Fraktion stimmt dem Beschlussesentwurf für das Kreditbegehren einstimmig zu.

Robert Zahnd, SVP: Die SVP-Fraktion ist für Eintreten und stimmt dem Beschlussesentwurf für den Erweiterungsbau der Kantonsschule Frauenfeld zu. Es ist offensichtlich, dass das Provisorium mit den Baracken den heutigen Anforderungen nicht mehr genügt. Wir sind uns aber nicht ganz sicher, ob in den neuen Räumen mehr Professoren herangebildet werden können. Die Planung der Klassenzahlen geht bis ins Jahr 2035. Sollte es dannzumal wieder eine Erweiterung brauchen, muss diese in einer anderen Ecke des Areals neu geplant werden. Ein Anhängen oder Aufbauen auf den Erweiterungsbau oder den Bau von 1993 ist nicht vorgesehen. Wir begrüssen es natürlich, dass sowohl die Tragstruktur als auch die Fassadenverkleidung in Holz gebaut wird. Die Kosten pro Kubikmeter halten einem Vergleich mit anderen Bauten stand, wobei immer Vergleiche angestellt werden, bei denen das geplante Projekt gut dasteht. Zu welchem Zeitpunkt die Baracken abgerissen werden, ist jedoch ungewiss. Wir können uns gut vorstellen, dass sie bei den nächsten Unterhaltsarbeiten am Hauptbau noch gebraucht werden könnten.

Dietz, Die Mitte/EVP: Die Meinung der Fraktion Die Mitte/EVP ist gemacht. Wir stimmen dem Beschlussesentwurf für den Erweiterungsbau der Kantonsschule Frauenfeld grossmehrheitlich zu. Es wurde ein gutes und zweckmässiges Projekt ausgewählt, das auch energetisch überzeugt. Wir haben in der vorberatenden Kommission mehrfach auf die gefühlt hohen budgetierten Kosten hingewiesen. Es ist für uns aber ersichtlich, dass wir nicht mit einem Einfamilienhaus vergleichen dürfen. Die Preise rechtfertigen sich, da robust und für ein öffentliches, zweckmässiges Gebäude nachhaltig gebaut wird. Die Kosten befinden sich für diese Art von Gebäude im üblichen Rahmen. Der Regierungsrat hat uns zugesagt, dass er die Kosten mit einem sehr wachen Auge im Fokus haben wird. Unsere Fragen und Anliegen bezüglich genügend Velounterstellplätzen und einer möglichen Kombination von Dachbegrünung und Photovoltaikanlage wurden aufgenommen, und die Umsetzung wird geprüft. Bezüglich der Beschaffung der Infrastruktur bitten wir, ebenfalls einen Blick auf die Nachhaltigkeit zu werfen und wenn immer möglich Thurgauer und Schweizer Produkte sowie Thurgauer Unternehmen zu berücksichtigen.

Jost Rüegg, GP: Das Kreditbegehren für den Erweiterungsbau der Kantonsschule Frauenfeld wurde in der GP-Fraktion sehr gut aufgenommen. Es ist nur schon aus energetischen Gründen dringend nötig, dass das 50-jährige Barackenprovisorium nach Inbetriebnahme des Erweiterungsbaus endlich aufgehoben werden kann. Die acht wegfallenden Klassenzimmer des Provisoriums sind in den neu zu erstellenden 14 Klassenzimmern enthalten. Es kommen somit nur sechs neue Klassenzimmer hinzu, die bei Bedarf zudem zu drei grossen, multifunktionalen Räumen zusammengefasst werden kön-

nen. Deshalb ist es auch etwas aufwendiger und teurer. Wir begrüßen insbesondere den wiederum hohen Holzanteil am Bau und die Begrünung des Daches kombiniert mit einer Photovoltaikanlage, die aus einem Input aus der Kommission entstanden ist. Im Weiteren wurde der Kommission versichert, dass der reine zusätzliche Wärmebedarf CO₂-neutral über das Energienetz von "Thurplus" sichergestellt ist. Wie die vorberatende Kommission steht auch die GP-Fraktion einstimmig hinter dem Kreditbegehren.

Bühler, Die Mitte/EVP: Bildung ist wichtig und darf auch etwas kosten. Infrastrukturen für Bildung sollten nicht nur funktional, sondern auch optimal für die auszubildenden Personen sein. Optimal bedeutet dabei, dass alles das, was der Bildung dient, vorhanden sein soll. Damit ist aber kein Wunschkonzert gemeint, sondern eine Anpassung an die heutigen Gegebenheiten. Da bin ich mit der Mehrheit einig. Nichtsdestotrotz kann ich die vorliegenden Zahlen des Bauprojekts nicht einfach unkommentiert stehen lassen. Wenn ein Schulzimmer je nach Auslegung über 1,1 Millionen respektive bei Hinzunahme der Gruppenzimmer noch 905'000 Franken kostet, ist das sehr viel, ja unglaublich viel Geld. Es ist der Preis eines Einfamilienhauses in einer Thurgauer Landgemeinde oder einer Eigentumswohnung in einer städtischen Agglomeration, die immerhin 120 bis 140 Quadratmeter gross ist. Hinzu kommt, dass bei jedem anderen Projekt auch der Boden gekauft werden müsste. Bei diesem Bauprojekt ist das Land aber bereits vorhanden. Meines Erachtens macht ein Preis von über 900 Franken pro Kubikmeter das Ganze nicht mehr sexy, im Gegenteil. Bei einem beachtlichen Gebäudevolumen von über 13'000 Kubikmetern sind 917 Franken pro Kubikmeter nicht wenig. Wenn die Kosten für andere Vergleichsbauten im Schulsektor ebenfalls so hoch waren, waren diese ebenfalls teuer. Teuer ist teuer, egal, ob es heute oder gestern war. Ich weiss, dass es nur dieses Projekt gibt. Man nimmt es oder man nimmt es nicht. Wenn wir nichts haben, haben wir wirklich nichts. Das ist mein grosser Ärger, weswegen ich überhaupt hier stehe. Ich bin wieder einmal geneigt, zu sagen: "Take it or leave it". Wir hatten die gleichen Diskussionen bereits bei der Pädagogischen Hochschule in Kreuzlingen oder im letzten November bei der Seepolizei. Ich frage mich, ob man bei der Projektausschreibung, und somit ganz am Anfang eines Projekts, bereits ein maximales Kostendach festlegen sollte. Weshalb eigentlich nicht? Es ist meines Erachtens richtig, dass an einem wichtigen Gebäude wie demjenigen einer Kantonsschule Anpassungen vorgenommen und die Baracken endlich mit normalem Schulraum ausgetauscht werden. In diesem Fall scheint das Preisschild für viele aber doch zweitrangig zu sein. Ich kann den Beschluss ganz sicher nicht verhindern, ihm aber auch nicht guten Mutes zustimmen. Immerhin müssen wir das Kreditbegehren im November unseren Stimmbürgern erklären. Darauf freue ich mich; oder auch nicht.

Regierungsrat **Dr. Diezi**: Ich bedanke mich für die insgesamt sehr positive Aufnahme des für den Kanton Thurgau und seine Bildungslandschaft sehr wichtigen Bauvorhabens.

Es geht um den Erweiterungsbau der Kantonsschule Frauenfeld. Meines Erachtens ist es kein Zufall, dass die Aufnahme der Vorlage positiv ist. Sie zeigt, dass der Erweiterungsbau wirklich notwendig ist und wir dem Grossen Rat ein gelungenes Projekt unterbreiten. Wie es bereits verschiedentlich ausgeführt wurde, liegt die Notwendigkeit auf der Hand. Es ist kein Zustand, die 50-jährigen, ursprünglich als Provisorium gedachten Baracken weiterhin als Schulräume zu nützen. Das ist keine befriedigende Situation und wird der wichtigen Bildungseinrichtung überhaupt nicht gerecht. Vom Energieverbrauch der Baracken brauchen wir erst gar nicht zu sprechen. Es ist zudem unbestritten, dass heute ein anderer Raumbedarf besteht. Die Bedürfnisse haben sich weiterentwickelt. Das Projekt ist architektonisch überzeugend. Alt und neu bilden eine Einheit. Der grosszügige Grünraum bleibt bestehen. Der Kanton baut zudem weiterhin mit Holz. Mit Ausnahme des terrainausgleichenden Sockelgeschosses aus Beton sind sowohl die Struktur als auch die Fassadenverkleidung in Holzbauweise geplant. Auch energetisch wird den heutigen Anforderungen Rechnung getragen. Erfreulich ist zudem, dass das Projekt von örtlichen Fachleuten stammt. Über den Preis kann, soll und darf man natürlich immer diskutieren. Es handelt sich bei einem Kredit von 16,3 Millionen Franken selbstverständlich um eine stolze Summe. Es handelt sich aber auch um ein wichtiges Projekt. Die Kantonsschule Frauenfeld ist so etwas wie ein "Leuchtturm der Thurgauer Bildungslandschaft". Es wurde ausgeführt, dass hier zu teuer gebaut werde. Das sehen wir anders. Wir haben die Vergleichspreise aufgeführt. Ich frage mich, mit welchen anderen Bauten als mit anderen Schulvorhaben man vergleichen will. Da liegen wir mit dem erwähnten Preis von 917 Franken pro Kubikmeter ziemlich im Durchschnitt vergleichbarer Bauten. Es wird somit kein übertriebener Luxus betrieben. Es geht nicht einfach nur um eine Stockwerkeigentumswohnung, sondern um den Bau einer der wichtigsten Thurgauer Bildungseinrichtungen. Die Anregungen, die mir zur Vorgehensweise auf den Weg gegeben wurden, nehme ich gerne mit. Solche Fragen soll man und darf man sich immer wieder stellen. Ich möchte aber anmerken, dass wir im Thurgau in der Vergangenheit mit der jetzigen Vorgehensweise meines Erachtens nicht derart schlecht gefahren sind. Ein Blick auf gewisse andere Kantone zeigt zudem, dass es sich dort nicht immer bewährt hat, wenn man bereits relativ früh und ohne konkret zu wissen, worum es nachher eigentlich geht, bereits irgendwelche Festlegungen getroffen hat. Ich bitte die Ratsmitglieder, dem Beschlussesentwurf zuzustimmen, und ich hoffe, dass wir gemeinsam in die Volksabstimmung steigen können, die bei heutiger Zustimmung voraussichtlich bereits am 27. November 2022 angesetzt werden könnte.

Diskussion - **nicht weiter benützt.**

Eintreten ist **unbestritten** und somit **beschlossen.**

Detailberatung

Diskussion - **nicht benützt.**

Beschlussfassung

- Dem Beschlussesentwurf über das Kreditbegehren für den Erweiterungsbau der Kantonsschule Frauenfeld wird mit 104:0 Stimmen zugestimmt.

Präsidentin: Die Vorlage geht an den Regierungsrat zur Ausarbeitung der Abstimmungsbotschaft an das Volk.

Beschluss des Grossen Rates

über

das Kreditbegehren für den Erweiterungsbau der Kantonsschule Frauenfeld

vom 15. Juni 2022

1. Für den Erweiterungsbau der Kantonsschule Frauenfeld wird ein Objektkredit von Fr. 16'300'000 bewilligt.
2. Dieser Beschluss untersteht der Volksabstimmung.

Die Präsidentin des Grossen Rates

Die Mitglieder des Ratssekretariates